

Pressemitteilung 09/2017

München, 08.02.2017

Angriffe auf Helfer müssen härter bestraft werden

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte fordern Bayerns Gerichte und Strafverfolgungsbehörden auf, Angriffe gegen Feuerwehrleute, Rettungsdienstmitarbeiter und Polizeibeamte härter als bislang zu ahnden. Vor dem Hintergrund des heutigen Beschlusses des Bundeskabinetts, den Strafraumen für entsprechende Straftaten anzuheben, appelliert Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl an die Richter, künftig über deutlich höhere Strafen ein klares Zeichen zu setzen: „Feuerwehrleute, Sanitäter und Polizisten werden immer mehr zur Zielscheibe durchgeknallter Zeitgenossen, sensationslüsterner Gaffer oder unbelehrbarer Gegner unseres Gemeinwesens. Wer anderen von Berufs wegen oder – wie die Mitglieder Freiwilliger Feuerwehren – ehrenamtlich Hilfe leistet, hat die uneingeschränkte Solidarität und Anerkennung der Gesellschaft verdient. Von anderen beleidigt oder gar tötlich angegriffen zu werden, ist nicht hinnehmbar. Den Straftätern hat der Rechtsstaat mit der vollen Härte des Gesetzes ein Stoppschild entgegenzusetzen. Die Gerichte sollten den Strafraumen konsequent ausschöpfen und es nicht bei symbolischen Disziplinarmaßnahmen belassen. Und Staatsanwälte sollten entsprechende Ermittlungsverfahren nicht mit dem Hinweis auf Überlastung oder mangelndem öffentlichen Interesse an der Strafverfolgung einstellen.“ Brandl wies darauf hin, dass andernfalls die Motivation der Helfer massiv leiden und der allgemeinen Erosion des Rechtsbewusstseins Vorschub geleistet würde.

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Wilfried Schober, Pressesprecher des Bayerischen Gemeindetags,
Tel 089 / 36 00 09-30, E-Mail: wilfried.schober@bay-gemeindetag.de
Homepage: www.bay-gemeindetag.de

Der Bayerische Gemeindetag

ist der Sprecher von 2.029 kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten. Gegenüber dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und anderen Institutionen vertritt er kraft Verfassung die kommunalen Interessen. Der Verband berät seine Mitglieder umfassend und ist über den Deutschen Städte- und Gemeindebund auf der Bundesebene sowie über das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel präsent.

